

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 31. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 27. September 2007

**1. Abgeordnete
Ulla Brede-Hoffmann
und Heike Raab (SPD)**

Woche der Kinderrechte in Rheinland-Pfalz

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur hat erstmals in diesem Jahr eine Woche der Kinderrechte vom 20. bis 27. September in Rheinland-Pfalz durchgeführt. Die Aktionswoche soll künftig jährlich zum Weltkindertag stattfinden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Kommunen und Einrichtungen haben sich in wie vielen einzelnen Veranstaltungen an der „Woche der Kinderrechte“ beteiligt?
2. Wie erfolgte im Einzelnen die Förderung der Projekte im Rahmen der Aktionswoche?
3. Im Jahr 2007 steht Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention, die Beteiligung am künstlerischen und kulturellen Leben im Zentrum. Wie wurde dieses Thema festgelegt und welches Thema soll im Jahr 2008 im Mittelpunkt der „Woche der Kinderrechte“ stehen?

**2. Abgeordnete
Simone Huth-Haage
(CDU)**

400 Studienanfänger im Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik der TU Kaiserslautern zum Wintersemester 2007/2008

Eine durch öffentliche Rankings belegte gute Ausbildungsqualität, attraktive neue Studiengänge wie Bioverfahrenstechnik und der Schwerpunkt Fahrzeugtechnik, die öffentliche Diskussion um den Ingenieurmangel, Einführung eines Numerus clausus in den entsprechenden Fachbereichen in Karlsruhe und Aachen führen dazu, dass die Zahl der Studienanfänger im Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik der TU Kaiserslautern zum bevorstehenden Wintersemester wahrscheinlich auf 400 steigen wird. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur will nicht, dass der Fachbereich einen Numerus clausus beantragt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Studierende werden derzeit von wie vielen Professoren im Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik der TU Kaiserslautern betreut?
2. Wie sah das unter Frage 1 erfragte zahlenmäßige Betreuungsverhältnis 1995, 2000 und 2005 aus?
3. Aus welchen Gründen hat der Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik der TU Kaiserslautern in den vergangenen Jahren 16 Stellen abgeben müssen?
4. Wie schätzt die Landesregierung das teilweise hohe Alter des Geräteparks im Fachbereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik der TU Kaiserslautern ein?

**3. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Werner Kuhn (FDP)**

Schließung von Grundschulen

Die demographische Entwicklung führt auch in Rheinland-Pfalz zu einem Rückgang der Schülerzahlen. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) kündigte im Rahmen seiner Regierungserklärung vom 30. Mai 2006 an, Grundschulen möglichst wohnortnah zu erhalten. Das Motto „kurze Beine – kurze Wege“ stelle die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt und trage zugleich der Bedeutung der Grundschulen in den Gemeinden Rechnung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle und weitere Entwicklung der einzelnen Grundschulstandorte in Rheinland-Pfalz auf Grundlage der demographischen Daten?
2. Welche Grundschulen in welchen Schulbezirken mussten zum Schuljahr 2007/2008 geschlossen werden?
3. An welchen Grundschulstandorten in welchen Schulbezirken sind aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen Schließungen geplant oder konkret in der Diskussion?
4. Welche pädagogischen und organisatorischen Maßnahmen werden seitens der Landesregierung getroffen, um diesen Entwicklungen zu begegnen?

**4. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros und
Michael Hörter (CDU)**

Vorfälle mit fremdenfeindlichem Hintergrund in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele und welche Vorfälle mit fremdenfeindlichem Hintergrund gab es im Jahr 2007 im Land?
2. Wie bewertet die Landesregierung vor diesem Hintergrund ihre Initiativen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus?
3. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus diesen Vorfällen?
4. Hat die Landesregierung Erkenntnisse darüber, dass es in Rheinland-Pfalz regionale Schwerpunkte fremdenfeindlicher oder rechtsextremer Aktivitäten gibt?

**5. Abgeordnete
Heike Raab und
Marianne Grosse (SPD)**

Armut bei Kindern

Trotz des positiven Wirtschaftsaufschwungs leben in Deutschland Kinder in Armut. Die Ursachen sind meist in einer Kombination von Erwerbsproblemen und sozialen Problemen zu sehen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Folgen hat Armut nach Einschätzung der Landesregierung bei Kindern, die auch in Rheinland-Pfalz spürbar sind?
2. Welche Schutzfaktoren können Kinder vor Armut und Armutsfolgen schützen?
3. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung hinsichtlich einer kindheitsbezogenen Armutsprävention?

**6. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)**

Aussetzen der Housing-Pläne der Landesregierung

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen hat das Aussetzen der Housing-Initiative in der Region Kaiserslautern/Ramstein für die Gesellschaft Housing-Initiative Rheinland-Pfalz (HIRP)?
2. Welche Kosten sind für das Land durch die Schaffung der HIRP angefallen?
3. Welche Tätigkeiten wurden bisher von der Gesellschaft ausgeführt?
4. Aus welchen Gründen wurde nicht der LBB mit der Wahrnehmung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Housing-Projekt beauftragt?

7. Abgeordnete
Uta Schellhaaß und
Günter Eymael (FDP)

Einfärben von Schlachtabfällen

Nachdem die EU-Staaten erst kürzlich den Weg frei gemacht haben für das Einfärben von minderwertigem Fleisch und Schlachtabfällen auf nationaler Ebene, haben nun auch die Verbraucherschutzminister von Bund und Ländern auf ihrer zweiten Konferenz das Einfärben von Schlachtabfällen gefordert. Verbraucherschützer fürchten, dass ohne eine einheitliche europäische Einigung dieses Instrument wenig wirksam ist.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wertet die Landesregierung die Wirksamkeit der geplanten Maßnahmen in Bezug auf den Schutz der Verbraucher?
2. Wie kann – nachdem eine EU-weite Einfärbung von K3-Ware nicht durchsetzbar war – verhindert werden, dass nicht markierte K3-Schlachtabfälle aus dem europäischen Ausland nach Rheinland-Pfalz reimportiert werden?
3. Wie kann landesweit eine diesbezügliche lückenlose, konsequente und wirksame Kontrolle sichergestellt werden?
4. Gibt es Erkenntnisse darüber, ob der Dauerkonsum von eingefärbtem Fleisch in Tierfutter für Tiere schädlich ist?

8. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Jutta Steinruck (SPD)

Bundratsinitiative der Landesregierung zum Mindestlohn

In Deutschland sind derzeit rund 500 000 Vollzeitbeschäftigte ergänzend zu ihrem Lohn auf Arbeitslosengeld II angewiesen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Die rheinland-pfälzische Landesregierung hat im September 2007 einen Gesetzentwurf über die Festsetzung des Mindestlohns in den Bundesrat eingebracht, der am 21. September 2007 dort beraten wurde.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welches waren die tragenden Erwägungen für die Gesetzesinitiative der Landesregierung zur Einführung des Mindestlohns?
2. In welchem Verfahren soll der Mindestlohn nach den Vorstellungen der Landesregierung bestimmt werden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die bereits erfolgten Einigungen auf die Einführung von Mindestlöhnen für die Bereiche der Briefdienstleistungen und des Elektrohandwerks?
4. Wie beurteilt die Landesregierung – gegebenenfalls unter Rückgriff auf die Erfahrungen der europäischen Länder, in denen ein Mindestlohn bereits gesetzlich garantiert ist – die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Auswirkungen ihrer Initiative auf Rheinland-Pfalz?

9. Abgeordnete
Dorothea Schäfer,
Christine Schneider und
Alexander Licht (CDU)

Einrichtung eines Studiengangs Weinbau in Rheinland-Pfalz

Die Landesregierung plant offensichtlich die Einführung eines Studiengangs Weinbau in Rheinland-Pfalz. Bislang ist deutschlandweit der Fachbereich Geisenheim der Fachhochschule Wiesbaden der einzige Anbieter eines solchen Studiengangs.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt plant die Landesregierung an welcher Fachhochschule in Rheinland-Pfalz die Einrichtung eines Studiengangs Weinbau?
2. Mit wie vielen Studierenden rechnet die Landesregierung im Falle einer Einrichtung eines solchen Studiengangs?
3. Welche Finanzmittel beabsichtigt die Landesregierung für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines solchen Studiengangs bereitzustellen?
4. Mit Vertretern welcher Institutionen und Verbände hat die Landesregierung bereits Gespräche zur Vorbereitung eines solchen Studiengangs mit welchem Ergebnis geführt?

10. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU)

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Lärmbelästigung durch Windenergieanlagen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Folgen des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. August 2007 zur Aufhebung der Baugenehmigung einer Windenergieanlage in der Nähe einer Hofanlage im Außenbereich wegen Missachtung der nächtlichen Lärmbelastung für die bestehenden Windenergieanlagen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Folgen des Urteils für die künftige Genehmigungspraxis?
3. Ist die Landesregierung nach dem Urteil bereit, in ihren Hinweisen zur Beurteilung der Zulässigkeit von Windenergieanlagen einen Mindestabstand von 1 000 m nicht nur zu Wohngebieten, sondern zu Wohnbebauungen generell vorzusehen, wie die CDU-Landtagsfraktion dies seit Jahren fordert?

11. Abgeordnete
Monika Fink und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Reform der „Landwirtschaftlichen Sozialversicherung“ und Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Das Bundeskabinett hat am 22. August 2007 dem Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSVMG) zugestimmt. Die gemeinsame Stellungnahme der Länder vom 13. August 2007 zum Referentenentwurf des Gesetzes wurde in der gemeinsamen Kabinettsvorlage vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hingegen nicht berücksichtigt. Bei einer Reform der landwirtschaftlichen Sozialversicherung ist es wichtig, dass die landwirtschaftliche Sozialversicherung auf Grundlage einer fundierten Meinungsbildung und zusammen mit den Ländern zukunftsfähig gestaltet wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung eine seit Jahren angestrebte Reform der „Landwirtschaftlichen Sozialversicherung“ zugunsten der Landwirte und Landwirtinnen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Ausrichtung des Gesetzentwurfes zur Modernisierung des Rechts der landwirtschaftlichen Sozialversicherung?
3. Wie können nach Auffassung der Landesregierung die landwirtschaftlichen Interessen im Land bei einer Reform der „Landwirtschaftlichen Sozialversicherung“ noch angemessen Berücksichtigung finden?

12. Abgeordnete
Margit Mohr und
Alexander Schweitzer
(SPD)

Entwicklung der Starterzentren und Unternehmensgründungen in Rheinland-Pfalz

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung von Unternehmensgründungen in Rheinland-Pfalz?
2. Wie haben sich nach Kenntnis der Landesregierung die rheinland-pfälzischen Starterzentren mit dem Ziel des „One-Stop-Shop“-Gedankens entwickelt?
3. Welche Hilfen erfahren Gründungswillige im Land und wie können diese Unterstützungen noch mehr beworben werden?

13. Abgeordnete
Monika Fink,
Petra Elsner und
Thorsten Wehner (SPD)

Mäuseplage und mögliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft

Landwirte in verschiedenen Landesteilen weisen auf eine steigende Vermehrung von Mäusen hin und befürchten eine Mäuseplage. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat eine Ausnahmegenehmigung zum Streuen des chlorphacinonhaltigen Mittels „Ratron Feldmausköder“ zur Bekämpfung von Feld- und Erdmäusen erteilt. Eine nationale Zulassung bezüglich des breitflächigen Ausbringens war zuvor nicht mehr verlängert worden. Dies ist ein guter Teilerfolg der Bauernverbände zugunsten der Landwirtschaft. Das Mittel Chlorphacinon hemmt die Blutgerinnung. Die Genehmigung ist an Anwendungsaufgaben geknüpft.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die aktuelle Situation bezüglich einer Mäuseplage und entsprechenden Auswirkungen auf die Landwirtschaft im Land ein?
2. Wie kann die Ausbringung der Mittel zur Bekämpfung der Mäuseplage möglichst unbürokratisch zugunsten der Landwirtschaft gehandhabt werden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Übertragung von Krankheiten von Mäusen auf Landwirte, wie dies etwa in Spanien bei der Hasenpest befürchtet wird?

14. Abgeordnete
Fredi Winter und
Anne Spurzem (SPD)

Fahrradtourismus in Rheinland-Pfalz

Einer Studie des europäischen Tourismusinstitutes (ETI) zufolge gewinnt der Radtourismus in Rheinland-Pfalz zunehmend Bedeutung.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Umfang hat das rheinland-pfälzische Radwegenetz inzwischen erreicht?
2. Wie ist der weitere Ausbau geplant?
3. Wie viele Radtouristen sind jährlich in Rheinland-Pfalz zu zählen?
4. Welche Bedeutung kommt dem Fahrradtourismus als Wirtschaftsfaktor zu?